

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Zentraler Tagesordnungspunkt der Kreistagssitzung am 15.11. war die Harmonisierung der Abfallwirtschaften Göttingen und Osterode, zu der eine längere Debatte stattfand und auch einige Bürger*innen ihre Fragen einbrachten. Da die beschlossenen Regelungen für DIE LINKE allerdings nicht kritikwürdig sind, soll in diesem Kreistagsinfo darauf nicht näher eingegangen werden. Erwähnenswert sind allerdings einige formale TOPs, unter anderem auch, da es in unserer Fraktion einen personellen Wechsel gegeben hat.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Fraktionsgeschäftsführer
Dietmar Reitemeyer
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 3 / 4 - Feststellung eines Sitzverlustes / Verpflichtung eines Kreistagsabgeordneten

Formal festgestellt wurde vom Kreistag diesmal ein Sitzverlust bei der Linksfraktion. Martin Rieth, der seit der Kommunalwahl im letzten Jahr unserer Fraktion angehörte, musste leider aus beruflichen Gründen sein Mandatsverzicht erklären. Unser herzlicher Dank gilt Martin für seine geleistete Mitarbeit, bei der er in der kurzen Zeit manche inhaltlichen Impulse eingebracht hat und seine Auffassungen intensiv zu vertreten wusste. Als Nachrücker wird DIE LINKE im Kreistag nun von unserem Kreissprecher Thomas Goes vertreten, der krankheitsbedingt leider noch nicht an der Kreistagssitzung teilnehmen konnte. In welchen Gremien Thomas uns in der verbleibenden Wahlperiode vertreten wird, konnte dementsprechend noch nicht festgelegt werden, wir werden nach dem anstehenden Stühlerücken in der Fraktion darüber berichten.

TOP 5 - Genehmigung des Protokolls der vorherigen Kreistagssitzung

Das Erscheinen dieses Tagesordnungspunktes im Kreistagsinfo scheint etwas verwunderlich zu sein, handelt es sich doch bei diesem TOP sonst stets um eine reine Formalie. Diesmal jedoch gibt es aufgrund eines Eklats in der letzten Kreistagssitzung einen Grund: Nachdem unser Abgeordneter Andreas Gemmecke vom Landrat durch einen Geschäftsordnungsantrag am Reden gehindert worden war, wurde auch aus anderen Fraktionen Unmut über dieses undemokratische Vorgehen geäußert. So kam es zu Beginn dieser Kreistagssitzung gemeinsam mit der FDP und der FWLG zu einer Eingabe zum Protokoll der vorangegangenen Sitzung, in der klargestellt wurde, dass die Mitglieder des Kreistages die Möglichkeit der Diskussion haben müssen, um in öffentlichen Sitzungen sachgerecht beraten und abstimmen zu können.

Die Eingabe soll nun in das Protokoll der Sitzung aufgenommen werden, für die Zukunft bleibt zu hoffen, dass die Rechte der Opposition nicht durch Geschäftsordnungstricks ausgehebelt werden.

TOP 11 - Organisation des örtlichen Beirates SGB II

Zu diesem, dann abgesetzten, Tagesordnungspunkt gab es einen gemeinsamen Antrag mit der FWLG, nachdem die Änderung der Zusammensetzung dieses Gremiums durch SPD und Grüne beantragt worden war. In früheren Wahlperioden war es üblich gewesen, dass alle Fraktionen des Kreistags hier je ein Mandat bekommen hatten, was aber zu Beginn der laufenden Wahlperiode gestrichen wurde. Nun sollten wieder einige Abgeordnete aus dem Kreistag und zudem dem Göttinger Rat entsandt werden, allerdings in geringer Zahl und verteilt nach dem undemokratischen d'Hondt-Verfahren. Die Angelegenheit soll zunächst im Sozialausschuss beraten werden. Es bleibt somit zu hoffen, dass nach weiteren Beratungen den kleineren Fraktionen wieder zugestanden wird, Vertreter*innen für dieses Gremium zu benennen.

TOP 13 - Resolution: Solidarität mit der Freiheitsbewegung im Iran

In einer von FDP, CDU, FWLG und LINKEN beantragten Resolution erklärt sich der Kreistag solidarisch mit der Freiheitsbewegung im Iran und fordert die Landes- und Bundesregierung sowie die EU dazu auf, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung von Menschenrechten im Iran zu erreichen.

Dem Beschluss des Kreistages ging eine Debatte voraus, in der SPD und Grüne ihre Ausreden vortrugen, warum sie trotz Zustimmung den interfraktionellen Antrag nicht mitgetragen hatten. Dabei kam aber nur das übliche Lamento der fehlenden Zuständigkeit zur Sprache, das inzwischen immer vorgetragen wird, wenn Resolutionen eingebracht werden und die ja gerade deswegen Resolutionen sind, weil eigene Beschlüsse nicht möglich sind. Demgegenüber wurde die Resolution von der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises ausdrücklich begrüßt und den antragstellenden Fraktionen für die Initiative gedankt.

TOP 20 - ÖPNV öffentlich machen !

Mit einem Antrag zur Kommunalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis Göttingen startete DIE LINKE erneut eine Initiative, um die von Leistungseinschränkungen geprägte Situation des ÖPNV im Kreisgebiet langfristig in den Griff zu bekommen. In einem Prüfantrag soll die Kreisverwaltung dazu aufgefordert werden, die Beteiligung an einer kommunalen Verkehrsgesellschaft oder die Einrichtung einer solchen zu untersuchen, um eine Inhouse-Vergabe des ÖPNV im Landkreis Göttingen nach dem Auslaufen der Vergabe der jeweiligen Teilnetze durchführen zu können. Eckhard Fascher schlug in seiner Rede drei Modelle vor, die eine Beteiligung an den Göttinger Verkehrsbetrieben, der Ilmebahn GmbH im Landkreis Northeim oder die Einrichtung eines eigenen kreiseigenen Verkehrsunternehmens vorsehen.

Die weitere Beratung wird nun im Finanzausschuss und im Verkehrsausschuss erfolgen.